

# GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 02, April 2006 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Stadtblatt – Zul.Nr. 03Z035132

## Ausverkauf der Stadt geht weiter

Der Verkauf von städtischem Familiensilber soll weitergehen: ÖVP und SPÖ wollen den Kanal zum Stopfen von Budgetlöchern verscherbeln. Sie denken auch über die Müllabfuhr nach. Schuld daran ist die Großmannsucht vergangener Jahre. Die KPÖ ist vehement gegen die Fortsetzung des Ausverkaufs. Seiten 2/3



Winter ade: Dank den Wirtschaftsbetrieben zeigt sich die Stadt in Frühjahresblüte.

Ausbau statt Ende:

**Bibliotheken müssen erhalten bleiben**

Zu hohes Einkommen:

**KPÖ fordert Kürzung der Politikerbezüge**

Teurer Brandschutz:

**Hochhausbewohner zur Kasse gebeten**

Graz braucht mehr  
Gemeindewohnungen.  
*Packen wir's an!*

www.kpoe-graz.at

ELKE KAHR

KPO

*aufrichtig  
sozial  
unverwechselbar*



## Verkauf von Gulli und Müllabfuhr

Stadtblatt-Umfrage: Wie die Grazerinnen und Grazer zu den Privatisierungsplänen stehen.

*Ich hoffe, dass die Abgaben sinken. Ich glaube, private Entsorger arbeiten nicht so genau. Schließlich möchte ich auch nicht, dass dadurch wichtige Arbeitsplätze verloren gehen.* (Hermine T., Pensionistin)



*Wenn die Stadt Kanal und Müllabfuhr verkauft, gewinnt sie dadurch Geld. Durch den Konkurrenzkampf am freien Markt könnten die Preise für Müll- und Abwasserentsorgung sinken.* (Bernd M., Angestellter)



*Vom Verkauf von Kanal und Müllabfuhr halte ich überhaupt nichts. Ich rechne damit, dass die Müll- und Abwasserentsorgung nach einer Privatisierung nicht billiger, sondern teurer wird.* (Renate K., Bankangestellte)



*Die Stadt nimmt damit kurzfristig mehr Geld ein. Aber ein privater Anbieter hätte den Nachteil, dass er weniger zuverlässig arbeitet. Ich würde den Verkauf begrüßen, wenn die Abfallsorgung günstiger würde.* (Ing. Wolfgang H., Messtechniker)



*Vom geplanten Verkauf von Müllabfuhr und Kanal halte ich nicht viel. Außerdem sehe ich die Gefahr, dass dann die Kosten beliebig gestaltet werden und auf lange Sicht sogar eine Verteuerung von Müllabfuhr und Abwassergebühren zu erwarten ist.* (Karin N., Pädagogin)



# STEHEN WEITER STÄDTISCHE EINRICHTUNGEN VOR Wollen VP und SP unsere

Zum Stopfen von Budgetlöcher gibt es offensichtlich Pläne, weitere Teile der Stadt zu verschern.

Nicht anders können diverse Artikel in Medien interpretiert werden. Die KPÖ ist gegen jedes weitere Auslagern und Privatisieren von öffentlichem Eigentum, weil so langfristig geschaffene Vermögenswerte der Grazerinnen und Grazer ein für allemal vernichtet würden.

Wie die Abwasserentsorgung (Kanalbetriebe und Kanalnetz) der Stadt Graz zu Geld gemacht werden könnte, darüber verhandeln hinter verschlossenen Türen Arbeitsgruppen. Für KPÖ-Klubchef Sepp Schmalhardt ein Skandal, weil dadurch nicht nur die Interessen der Menschen in dieser Stadt verraten werden, sondern auch am Gemeinderat vorbei agiert wird.

Betreffend der städtischen Müllabfuhr haben sich Bürgermeister Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Wolfgang Riedler öffentlich „Gedan-

### VIEL GELD:

**Die Müllabfuhr** sammelt Tag für Tag den Grazer Restmüll ein und bringt ihn zum städtischen Abfallentsorger AEVG, der den Müll von 110.000 Haushalten und 12.000 Industriebetrieben entsorgt. Die AEVG überweist der Stadt pro Jahr rund 400.000 Euro.

**Das Kanalnetz** misst knapp 800 Kilometer; so gut wie alle Grazer Bauwerke sind angeschlossen. Der Kanal erwirtschaftet pro Jahr für die Stadt einen Gewinn von rund fünf Millionen Euro.

ken“ gemacht und verschiedene „Ideen“ geäußert ...

Mit dieser Form der „Strukturenerneuerung“ würden sie jedoch gut funktionierende Strukturen zum Schaden der Bürger zerschlagen.

Das Auslagern oder Verkaufen von öffentlichen städtischen Einrichtungen, die elementare kommunale Leistungen der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserer Stadt erbringen, würde die bestehende Budgetmiserie noch weiter verschärfen. Langfristig werden der Stadt auch noch diese Einnahmen wegfallen.

Aber auch die Bürger hätten einen enormen Nachteil in Kauf zu nehmen, sobald die Gestaltung von Gebühren privatwirtschaftlichen Interessen unterliegen. Dann wäre wohl mit deutlichen Gebührenerhöhungen zu rechnen.



Gerüchte über den weiteren Verkauf von öffentlichem Eigentum empören die Grazer! Das über viele Jahre geschaffene Vermögen der Bürgerinnen und Bürger würde vernichtet werden! Die Stadt würde in Folge auch noch dauerhaft Einnahmen verlieren!

## DEM VERKAUF? Stadt verhökern?

Mit derartigen „Umstrukturierungen“ lässt sich mit Sicherheit weder mittel- noch langfristig ein Budget sanieren.

### KPÖ Stadträtinnen: Hände weg!

Die KPÖ Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis erteilen einem Ausverkauf von öffentlichem Eigentum eine klare Absage: „Für Einmal-Erlöse darf das Vermögen der Grazerinnen und Grazer nicht geopfert werden! Denn am Ende könnte gar der Verkauf der Grazer Stadtwerke und/oder der GBG stehen!“ Also: „Hände weg von Kanal und Müllabfuhr!“, betonen die KPÖ-Stadträtinnen kämpferisch.

Es sei besonders empörend, dass jene politischen Kräfte, die durch ihre Großmannsucht zur schlechten Lage der Stadtfinanzen beige-

tragen haben, nun derartige Sanierungspläne schmieden, kritisieren die KPÖ-Politikerinnen. ÖVP und SPÖ (damals noch meist gemeinsam mit der FPÖ) haben bekanntlich die Beschlüsse zum Kunsthaus, zur Murinsel, zum Dom im Berg, zur Stadthalle und zur Grazer Messe gegen die begründeten Warnungen der KPÖ gefasst.

„Diese neue Privatisierungswelle bedeutet Sozialabbau, Einschränkung der Leistungen der Daseinsvorsorge und zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung“, warnt die KPÖ und weist darauf hin, dass Land und Bund die Verpflichtung haben, die Stadt finanziell zu unterstützen. Die ÖVP und SPÖ sollten ihre Energien endlich dazu einsetzen, über den Finanzausgleich mehr Geld für Graz herauszuschlagen.

## MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr



foto furgler

## Wer verkauft, ist schon verkauft

ÖVP und SPÖ geben derzeit in der Stadtregierung „Die Besorgten und die Sanierer“ zum Besten. Das ist vielleicht werbewirksam, hat aber mit der Realität wenig zu tun.

Man will vergessen machen, dass man vor 2003 Geld, das man nicht hatte, mit beiden Händen beim Fenster hinausgeschmissen hat. Auch danach haben Skandale wie ININ oder Öko-Profit gezeigt, dass in der Stadt Graz gleichzeitig Millionen in den Sand gesetzt werden, während man in der Öffentlichkeit von Sparen redet und es immer neue Einschränkungen gibt.

Jetzt soll die Bevölkerung die Kosten tragen.

Und man verkauft, was zu verkaufen ist. Dabei hat der Bundesrechnungshof bereits eine deutliche Warnung ausgesprochen und in seinem Bericht die Immobilienpakete, die in den vergangenen Jahren verkauft wurden in Grund und Boden kritisiert.

Der Rechnungshof weist

darauf hin, dass die Verkäufe „keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage der Landeshauptstadt, sondern wegen der nunmehr abzudeckenden Mietaufwendungen langfristig gesehen das Gegenteil bewirken“.

Verkaufen kann man das Tafelsilber eben nur einmal. Die Probleme bleiben aber. Das trifft für den Kanal ganz besonders zu. Jahr für Jahr gibt es Einnahmen in Millionenhöhe für die Stadt. Bei einem Verkauf sind diese Einnahmen für immer weg – und es droht die Gefahr von Tarifierhöhungen.

Wer verkauft, ist schon verkauft. Deshalb werden wir von der KPÖ unsere Haltung zur Frage des Verkaufs von öffentlichem Eigentum nicht ändern.

Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 872 2060  
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

## KLEIN, ABER MIT BISS



Jetzt wollen ÖVP und SPÖ schon wieder Geld bringende Betriebe der Stadt verkaufen. Bei denen geht ja wirklich alles den Kanal runter.

## INHALT

Recht auf Nachtruhe.....	4
Bibliotheken müssen erhalten bleiben .....	5
Wo soll gespart werden?.....	6/7
Mehr Bahn und Bus.....	8
„Schaltergebühr“ für Stromrechnung.....	10
Wohnungsamt – hohe Kundenzufriedenheit .....	11
Gemeindewohnungen auf Kasernengrund .....	12
Heile Welt, Zensur, Spitzelwesen.....	15
Hilferuf der Hochhaus-Bewohner erhört .....	17
ÖGB, BAWAG, ARBÖ .....	20
EU Gipfel / Demo .....	21

## SPERRSTUNDE FÜR SCHANIGÄRTEN

# Anrainer haben ein Recht auf Nachtruhe



Leere Schanigärten sind den Anrainer am liebsten – zumindest in den Nachtstunden

Bis 23.30 Uhr dürfen Schanigärten heuer geöffnet sein. Für die Anrainer ist das zu lang. Sperrstunden-Initiative will wieder vors Höchstgericht, für KPÖ ist spätestens um 23 Uhr im Freien Schluss.

Die ruhigen Zeiten für die Anrainer von Gastgärten gehen zu Ende. Mit dem warmen Wetter zieht es die Stadtflaneure in die Schanigärten. Und dort dürfen sie bis 23.30 Uhr bleiben, so der zuständige Stadtrat Werner Miedl. Diese Sperrstunde soll für alle Gastgärten gelten. Die Sperrstunden-Initiative SPINST will in sensiblen Wohnbereichen früher Schluss machen und denkt an den Gang zum Höchstgericht.

Seit heuer ist für das Festlegen der Sperrstunde die Stadt zuständig. ÖVP-Gewerbereferent Miedl denkt in diesem Sinne an 23.30 Uhr zwischen 15. Juni und 15. September – ganz im Sinne eines Gratis-Blättchens, das der Stadt un-

längst vorwarf, dass sie „die Wirte killen“ wolle.

### Schutz für Anrainer

Für die KPÖ ist diese Vorgehensweise die falsch. „Damit wird über die Interessen der Wohnbevölkerung hinweggegangen und ein unbefriedigender Zustand festgeschrieben“, kritisiert Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Bisher konnte sich die Stadt auf die 24-Uhr-Regelung des Landes herausreden. Jetzt sei man selbst zuständig. „Dieses Vorgehen macht sichtbar, dass es vor allem für die ÖVP andere Interessen gibt als das Bedürfnis der Bewohner nach Schutz und Ruhe“, denkt die KPÖ-Politikerin an die vom Lärm geplagten Anrainer.

Außerdem sei es ein Gebot der Stunde, alle Parteien und die Bürgerinitiativen in die Entscheidung einzubinden und die Auswirkungen durch das Gesundheits- und Umweltamt bewerten zu lassen.

### Die KPÖ fordert

Die KPÖ pocht auf eine Sperrstunde im Freien um 22 Uhr auf Privatgrund und 23 Uhr auf öffentlichem Grund. Und trifft damit den Wunsch der Sperrstunden-Initiative. „Laut dem Gesetz muss man bei der Sperrstunden-Regelung auf sensible Zonen wie Innenhöfe besonders eingehen“, so die SPINST-Sprecherin Monika Huber. Sie will erneut vor das Höchstgericht ziehen, das ihr schon einmal Recht gab.

## Wirtschaftsbetriebe: 500 Tonnen Streusplitt gespart Nullstreuung angestrebt

Die Erprobung des „differenzierten Winterdienstes“ im Rahmen eines umfangreichen Pilotprojektes in den Bezirken Liebenau und Puntigam sowie in Teilgebieten von St. Peter, Jakomini, Gries und Straßgang in der vergangenen Wintersaison 2005 / 2006 hat den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Graz wichtige Erkenntnisse gebracht.

Im Versuchsgebiet im Süden von Graz wurde in einem Bereich die Splittstreuung durch Salz- bzw. Feuchtsalztreuung ersetzt. In einem weiteren Bereich wurde versucht, keine Streumittel – also keinen Splitt und keine auftauenden Streumittel – einzusetzen. Allerdings sind zusätzliche Maßnahmen notwendig:

Verstärkte Räumung: Eine generelle durchgängige Nullstreuung ist nicht möglich. Daher gibt es ergänzenden

Einsatz von Salz und Feuchtsalz.

Im Versuchsgebiet wurden in Summe 500 Tonnen Streusplitt **nicht** ausgebracht.

Verkehrssicherheit: Mit der Straßenverkehrssicherheit gab es keine Probleme. Es gab keinen Anstieg der Unfallhäufigkeit. Für den kommenden Winter ist eine Ausweitung des differenzierten Winterdienstes in den Bezirken Geidorf, Leonhard, Innere Stadt und Gries geplant.

KPÖ-Stadträtin W. Monogioudis



Auf allen Fahrbahnen in diesem erweiterten Gebiet werden die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz ab dem Winter 2006 / 2007 im Zuge des Winterdienstes keine abstumpfenden Streumittel (Streusplitt) mehr verwenden. In Summe sind das rd. ein Drittel der Fahrbahnen in Graz. Für die Verkehrssicherheit werden, wenn erforderlich, Auftaumittel (Salz bzw. Feuchtsalz) eingesetzt.



## BÜCHERVERLEIH:

**Graz zählt derzeit** neun Bibliotheks-Standorte. Dazu gibt es einen Bücherbus. In den Bibliotheken sind 17.200 aktive Mitglieder registriert, die mehr als 530.000 Bücher und Medien pro Jahr ausborgen.

**Von diesen Standorten** sollen alle – bis auf die Zentrale im Zanklhof – geschlossen werden. Als Ersatz denkt man an neue Büchereien in der Sparbersbachgasse, bei der Fachhochschule in Eggenberg, am Hasnerplatz und im Grazer Süden. Wann und wo genau neue Bibliotheken entstehen sollen, steht noch in den Sternen.

Die Bibliothek in der Weißenhofgasse 7 (großes Bild) soll noch im Mai dieses Jahres zugesperrt werden, fünf andere wie jene in der Straßgangerstraße 210 sollen folgen.

## SECHS STADTBIBLIOTHEKEN VOR SCHLIESSUNG

# Bibliotheken müssen erhalten bleiben

Als „Verbesserung des Bibliotheksystems“ preist die Stadt die Schließung von sechs Stadtbibliotheken an. Bürger und KPÖ fordern hingegen den Ausbau.

schule in Eggenberg und im Grazer Süden. Geld gibt es dafür freilich keines.

Außerdem soll eine Zusammenarbeit mit der Post möglich machen, dass die Grazer ihre Lieblingsbücher bei den Postfilialen bestellen und abholen können.

### Armutszeugnis

Grund genug also für Skepsis und Proteste. Horst Weinzettl etwa, der die „Initiative zur Rettung der Stadtbibliotheken“ ins Leben gerufen hat, findet wenig Gefallen an diesen Ideen: „Da wird die Basis-Kultur für viele Bezirke zerstört“, meint er. Weinzettl, der selbst rund drei Bücher pro Woche liest, weiß natürlich, dass die Räumlichkeiten nicht ideal sind und „den Charme der 60er-Jahre ausstrahlen. Aber wenn man sie schließt, ist das, als ob man Hungrigen

das Brot wegnimmt. Das Ende der Bibliotheken wäre ein kulturelles Armutszeugnis“.

Proteste kommen aus mehreren Bezirken. In Gries stemmt sich der Bezirksrat einhellig gegen das Ende der Bibliothek in der Weißenhofgasse. Und auch der Bezirksrat von Waltendorf will nicht akzeptieren, dass die Bibliothek in der Rudolfstraße zugedreht wird.

### Mehr statt weniger

So sieht es auch KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch: „Gerade dort, wo die Menschen kaum ein kulturelles Angebot haben, wäre Ausbauen statt Schließen gefragt. Der Postversand ist da kein Ersatz, denn man will die Bücher ja schließlich anschauen und angreifen, bevor man sie ausborgt. Und das geht beim Postversand nicht.“

Auf Wunsch der KPÖ

wurde das Projekt vorerst zurückgestellt. „Damit Stadtrat Miedl nochmals mit den Betroffenen reden kann“, so Fabisch. Dennoch ist die Sorge um diese Form der Bezirkskultur groß. „Vermutlich werden ÖVP und SPÖ schon in der nächsten Sitzung des Gemeinderates die Schließungen absegnen.“

### Frommer Wunsch

Die Zeichen stehen auf Sturm. Die ÖVP ist für die Schließungen, KPÖ und Grüne sind dagegen. Letzendlich wird es an der SPÖ liegen, ob es die Stadtbibliotheken weiter gibt oder ob die meisten geschlossen werden – für Ersatzprojekte, „von denen wir nicht mehr erleben werden, dass es sie gibt“, so Fabisch. Denn angesichts der Geldnöte der Stadt sind derlei Projekte nicht mehr als ein frommer Wunsch.

6000 Grazer haben 2004 dafür unterschrieben, dass die Stadtbibliotheken erhalten bleiben. Der damalige Kulturstadtrat Christian Buchmann ließ diese heiße Kartoffel umgehend fallen. Nun klaubte sie sein Nachfolger Werner Miedl auf. Er will noch im Mai die ersten drei Bibliotheken schließen, weitere drei sollen folgen.

Als Ersatz plant Miedl den Ausbau der Zentrale im Zanklhof, der Bibliotheken in der Sparbersbachgasse und am Hasnerplatz sowie zwei neue Standorte: bei der Fachhoch-

## Stadt Graz: Millionen verpulvert

Die Stadt zeigte sich bis zum Kulturhauptstadt-Jahr 2003 sehr großzügig. Bei Großprojekten waren sich ÖVP und SPÖ stets einig, hohe Summen locker zu machen. Allein die Kulturhauptstadt kostete mehr als 27 Millionen Euro aus dem Budget der Stadt; ohne Projektkosten wie 1,3 Millionen für die gespiegelte Stadt oder das Eröffnungsfest um 2,1 Millionen.

Schwerer wiegen freilich diverse Bauten. Die Murinsel schlug samt Murufergestaltung mit 7,4 Millionen Euro zu Buche. Eine läppische Summe im Vergleich mit den 52 Millionen Euro für das Kunsthaus (mehr als 23 Millionen Euro von der Stadt). Oder verglichen mit den 41 Millionen Euro für die Stadthalle (18 Millionen von der Stadt).

Dazu kommen satte Zuschüsse, die pro Jahr bezahlt werden müssen: Etwa 4,2 Millionen Euro für die Messe oder 1,6 Millionen Euro für die Stadthalle.

### Girl's day 2006 - Berufsinformation für junge Frauen

Der Frauenanteil in der Justiz ist relativ hoch: So sind 43% der Richter und sogar 62% der Richteramtswärter weiblich. In der Justizwache hängt der Frauenanteil mit nur 9% stark hinterher.

Daher gibt es am 27. April in der Justizanstalt Jakomini einen Einblick in die verschiedenen Berufsgruppen im Strafvollzug sowie die Möglichkeit die Jugendabteilung in der Justizanstalt Jakomini zu besuchen.

Information: 0676/89 89 73 805 oder 0316/832 832 - 407 E-Mail: manfred.ulrich@justiz.gv.at



HOHE POLITIKERBEZÜGE NICHT GERECHTFERTIGT!

# SPAREN BEIM GELD

Politiker sollen nicht mehr verdienen als die Mehrheit der Bevölkerung, meint die KPÖ und fordert eine Neuregelung der Politikerbezüge. Mit dem Ausgleichszulagenrichtsatz als Rechengrundlage bekämen Landespolitiker um ein Drittel weniger.

Die KPÖ denkt an eine Einkommens-System, das nicht nur die Personalkosten für das Land Steiermark senkt, sondern auch für mehr Gerechtigkeit sorgen kann. „Politiker dürfen sich mit ihrem Einkommen nicht vom Gros der Bevölkerung abheben. Wie sollen sie sonst die Belastungen nachvollziehen können, die sie beschließen. Ein politisches Amt ist ein

### POLITIKER-BEZÜGE:

Wer es etwa als Abgeordneter in den Landtag schafft, bekommt derzeit 5.022 Euro brutto pro Monat; der Landeshauptmann bezieht 14.682 Euro. Sehr gut hat man's auch im Nationalrat: 7.727 Euro verdient jeder Abgeordnete. Im Bundesrat bekommt man immerhin noch 3.864 Euro pro Monat. Alle Beträge verstehen sich 14 Mal pro Jahr!

Ehrenamt, das Engagement erfordert und nicht wie ein Manager-Job bezahlt werden muss“; sagt KPÖ-Mandatarin Renate Pacher.

### Maßstab Mindestlohn

Die Idee der KPÖ: Als Berechnungsgrundlage dient nicht mehr die Obergrenze des Bezugsschemas, sondern der Ausgleichszulagenrichtsatz von 690 Euro, der je nach

politischem Amt mit einem Faktor multipliziert wird. Real bekämen Landespolitiker damit ein Drittel weniger – was noch immer weit über dem Durchschnittseinkommen der Österreicher liegt. Die Abstimmung darüber hat der Landtag allerdings vorerst verhindert.

Der Vorschlag von KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger zur Einsparung von Personalkosten geht im Gegensatz zu den von SPÖ-Landesrat Helmut Hirt vorgestellten Plänen nicht zu Lasten der Landesbediensteten. Hirt möchte ja 50 Dienstposten einsparen, weil er sich mit seinem Plan, die Gehälter der Landesangestellten um weniger als die im Bund vereinbarten 2,7 Prozent zu erhöhen, nicht durchsetzen konnte. „Die Leistungseinschränkung, die sich dadurch ergibt, wird



In der feudalen Landtagstube geht es auch um höhere Gebühren für die Steirer. Damit die Abgeordneten besser nachvollziehen können, wie sich neue Belastungen auswirken, sollen sie nicht mehr verdienen als der Großteil der Bevölkerung.

# FÜR POLITIKER

die Bevölkerung spüren“, befürchtet Kaltenegger.

Die KPÖ schlägt deshalb vor, bei den Politikerbezügen zu sparen. Konkret soll eine Änderung des steirischen Bezügegesetzes erfolgen, das dann als Bemessungsgrundlage eine Verbindung zum so genannten Ausgleichszulagenrichtsatz herstellt. Das sind derzeit 690 Euro.

Die Landespolitiker würden damit – wenn es nach den Vorschlägen der KPÖ geht – ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher. Wenn der höchste Politikerbezug in der Steiermark auf das Fünzfache dieses Werts beschränkt wird, bekomme der Landeshauptmann damit immer noch 10.350 Euro brutto pro Monat. Das Land könnte dadurch mehr einsparen, als Personallandesrat Hirt durch das von ihm angekündigte

Streichen von 50 Arbeitsplätzen gewinnen könnte.

Klubobmann Ernest Kaltenegger: „Durch diese Regelung müsste kein Politiker am Hungertuch nagen, das Land könnte aber eine Riesensumme sparen. Wenn die Politik wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen will, muss sie ganz oben ein Zeichen setzen anstatt immer nur bei den Beziehern kleinerer Einkommen zu sparen.“

## Abstimmung verhindert

Ein Entschließungsantrag der KPÖ zur Neuregelung der Politikerbezüge in der Steiermark wurde allerdings in der Landtagssitzung am 14. März nicht zur Abstimmung zugelassen. Begründet wurde dies mit dem angeblich fehlenden Zusammenhang mit jenem Tagesordnungspunkt, der sich mit dem Dienst- und

## MEINUNG

Ernest Kaltenegger

## Wo soll gespart werden?

Wir müssen die Gürtel enger schnallen“, bekommt die Bevölkerung immer öfter zu hören. Ob es um Verschlechterung bei den Pensionen, Einsparungen bei Sozialleistungen oder um Personalabbau geht, immer sind auch Politiker dabei, die eifrig in Chor der selbsternannten Sparmeister einstimmen.

Wenn es aber um die eigenen Privilegien geht, dann schaut die Sache plötzlich ganz anders aus. Da ist von leistungsgerechten Gehältern die Rede, die notwendig seien, damit man tüchtige Leute in die Politik bekommen könne. Wer für Einsparungen bei Politikerbezügen eintritt, wird umgehend zum „Populisten“ gestempelt. Diesen Vorwurf bekommt auch die KPÖ zu hören, weil sie den Rotstift bei Politikern ansetzen möchte.

Die KPÖ will die Politikergagen künftig von der Höhe der Mindesteinkommen abhängig machen. Das höchste Politiker-einkommen sollte das Fünzfach-



fache eines Mindesteinkommens nicht überschreiten. Damit sollte bewirkt werden, dass sich die Volksvertreter wieder mehr um die kleinen Einkommen kümmern. Schließlich würde sich deren Anhebung auch auf das eigene Gehalt positiv auswirken. Vielleicht lässt sich damit auch die in den letzten Jahrzehnten immer weiter auseinanderklaffende Einkommensschere wieder etwas verkleinern.

Noch eine Nebenwirkung könnte eine Reduzierung der Politikereinkommen haben: Vielleicht kommen noch mehr Mandatare darauf, dass die öffentlichen Kassen längst nicht so leer sein müssten. Schließlich haben sich die Vermögen der Reichen und Superreichen geradezu explosionsartig vermehrt. Nur eine gerechtere Besteuerung verschafft den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden wieder jenen Spielraum, den sie zur Finanzierung ihrer Aufgaben brauchen. Mit Sonntagsreden ist dagegen niemandem geholfen.

Besoldungsrecht des Landes Steiermark beschäftigte.

Die KPÖ wird nicht locker lassen. „Unser Vorschlag bringt nicht nur bedeutende Einsparungen, sondern auch einen Zusammenhang der Politikergehälter mit den niedrigsten Einkommen hergestellt. Dadurch wäre die Politik motiviert, sich stärker um die Einkommen der sozial Schwächsten zu kümmern“, sagt Ernest Kaltenegger. Die KPÖ wird sich weiter für eine neue Regelung der Politikerbezüge stark machen.



## RAT UND HILFE

### Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

NAHVERKEHRSABGABE BITTE WARTEN

# Ein Muss: Mehr Bahn und Bus

Seit Jahren wird diskutiert, wer den notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs finanzieren soll. Ein Lösung wäre eine Nahverkehrsabgabe wie die „U-Bahnsteuer“ in Wien. Dort zahlen alle Betriebe für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die KPÖ wagte einen ähnlichen Vorstoß im Landtag. Kontraproduktiv ist die angesetzte Tarifierhöhung.

Verkehrstote, Feinstaub, Staus, Lärmbelästigung – der Verkehr wirft enorme Probleme auf. Vor allem Ballungsräume ersticken an den Folgen des steigenden Verkehrsaufkommens. Die KPÖ macht sich für eine Nahverkehrsabgabe stark,

mit deren Hilfe der öffentliche Verkehr ausgebaut werden soll – als Alternative zu Auto und Co. Das Umsteigen muss freilich schmackhaft sein. Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sind unumgänglich.

**Helfen Sie, Ihre Bus- und Bahnlinie zu retten. Telefonabstimmung unter 0820 91 92 20 oder auf [www.busundbahn.at](http://www.busundbahn.at)**



In der Landtagsitzung im Februar hat die KPÖ einen Antrag gestellt, um die Landesregierung aufzufordern, Vorschläge zur Einführung eines Nahverkehrsbeitrages auszuarbeiten, der von den steirischen Unternehmen bezahlt werden soll. Die Vorschläge sollten dann in weiterer Folge vom Landtag abgesegnet werden.

### Mehr Lebensqualität

KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger argumentierte, die entscheidende Frage der Finanzierung werde immer aufgeschoben. Kaltenegger: „Die Nahverkehrsabgabe funktioniert in Wien blendend. Damit wurde die U-Bahn errichtet.“ Die Investitionen in den öffentlichen Verkehr bringen Arbeitsplätze und erhöhen die Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Staus und Wartezeiten entfallen, das Unfallrisiko sinkt, die Lebensqualität steigt, meint die KPÖ. Außerdem könne man dadurch Kosten sparen:

Pro 1000 Personenkilometer fallen beim Pkw 470 Euro an Kosten an, beim öffentlichen Verkehr sind es nur 210 Euro.

„Heute trennt sich die Spreu vom Weizen. Einerseits die Spreu derer, die den öffentlichen Verkehr durch Massensteuern finanzieren wollen, andererseits der Weizen derjenigen, die dafür eintreten, dass für den öffentlichen Verkehr bezahlt, wer in erster Linie davon profitiert. Das sind allemal die Unternehmer. Denn sie haben ein Interesse, dass ihre Beschäftigten rechtzeitig zur Arbeit kommen“, sagte KPÖ-Mandatar Werner Murgg bei der Landtagsitzung in Richtung SPÖ.

### Gegen höhere Tarife

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Die KPÖ wird aber weiterhin für einen brauchbaren öffentlichen Verkehr kämpfen.

Und das ist vor allem angesichts der Tarifierhöhungen beim öffentlichen Verkehr notwendig. Die Grazer Verkehrsbetriebe wollen ihre Preise um vier Prozent anheben, was sich im Verbundnetz des gesamten Großraums auswirken wird. Und auch die ÖBB haben ihre Tarife erst unlängst angeboten.

„Die ständigen Verteuerungen beim öffentlichen Verkehr sind an Absurdität nicht zu überbieten. Man schreckt nicht nur neue Kunden ab, sondern trifft jene besonders, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Dafür werden riesige Summen für Werbemaßnahmen ausgegeben, um die Menschen zum Umstieg auf den umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bewegen“, so Kaltenegger.

### Umfrage Nahverkehr:

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie! Verlost werden Buchpreise und „Vota Comunista“ T-Shirts

**Wie soll der öffentliche Verkehr finanziert werden? (Bitte ankreuzen)**

- 1.) höhere Fahrpreise
- 2.) Einsparungen bei den Leistungen
- 3.) Finanzierung über Massensteuer
- 4.) Nahverkehrsabgabe, die von den Unternehmen getragen wird, weil die Wirtschaft von einem gut funktionierenden öffentlichen Verkehr profitiert

Weitere Vorschläge: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



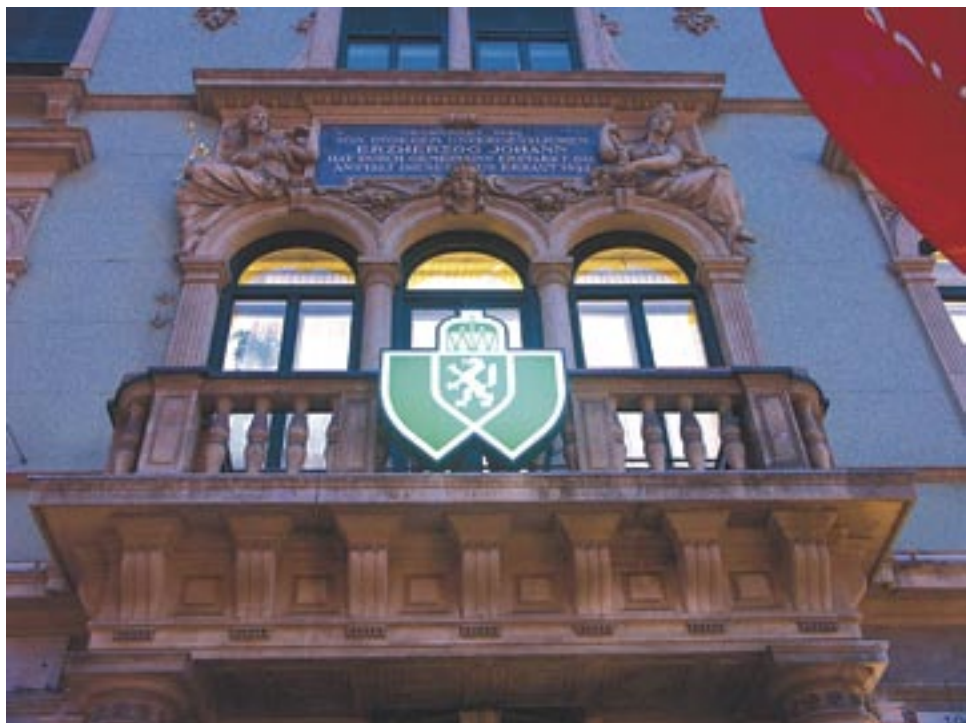
An das

**GRAZER Stadtblatt**

c/o KPÖ-Klub  
im Grazer Rathaus  
8010 Graz

Fax: 0316 / 872 21 59





WHO IS WHO DER ÖVP

## Bank Burgenland in mächtiger Steirerhand

Übernahme der Bank Burgenland durch die Grazer Wechselseitige (GRAWE) als arrangierte Hochzeit. SPÖ und ÖVP zeigen sich hoch zufrieden, sitzen doch hochrangige Vertreter in der GRAWE-Spitze. Die kam eben wegen ihrer Beteiligung an der Hypo-Alpen-Adria unter Beschuss, die mehr als 300 Millionen Euro verspekuliert hat.

Gegründet wurde die GRAWE 1828 von **Erzherzog Johann** als Feuerversicherung. Dieser verfügte, dass an der Spitze des Unternehmens ein Nachkomme stehen muss – und daher ist **Franz Harnoncourt-Unverzagt** heute Aufsichtsratsvorsitzender. Ihm zur Seite steht die katholische Kirche: Vizepräsident im Aufsichtsrat ist mit **Bruno Hubl** der Abt des Stiftes Admont, ebenfalls in diesem Gremium sitzt der Grazer Stadtpfarrprobst **Heinrich Schnuderl**.

Zum Erfolg der GRAWE gehört auch kapitalistischer Realitätssinn. Die GRAWE ist mit 48% Mehrheitseigentümerin der Hypo Alpe-Adria-Bank, 100% der Ca-

pital Bank und der Security Kapitalanlage AG gehören ihr ebenso. In die Strategie der Konzentration auf Süd- und Südostösterreich fügt sich die Bank Burgenland wunderbar ein. Daneben ist die GRAWE unauffällig aber bedeutend mit Spekulation, Vermietung und Verwaltung von Immobilien beschäftigt (GRAWE-Immobilien und -Liegenschaften, STIWOG).

Genau genommen leitet aber weder der oberste Mönch aus Admont noch der Honorarkonsul des Großfürstentums Luxemburg (Harnoncourt) die GRAWE: Das macht **Georg Doppelhofer** im GRAWE-Aufsichtsrat. Doppelhofer ist Generaldirektor der Raiffei-

sen-Landesbank Steiermark, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Uniq-Versicherung sowie Finanzreferent der steirischen ÖVP. Bis vor kurzem fand man auch **Josef Riegler** – einstmals ÖVP-Vorsitzender, Vizekanzler und Landwirtschaftsminister – im Aufsichtsrat der GRAWE. Ebenfalls im GRAWE-Aufsichtsrat treffen sich **Werner Tessmar-Pfohl**, Vorstandsvorsitzender der Grazer Sattler AG und Vizepräsident der österreichischen Industriellenvereinigung, **Franz Gady** (Unternehmer im Kfz-Handel) sowie als SPÖ-Abordnung **Wolfgang Messner** (Vorstandsdirektor der Grazer Stadtwerke, vormals Finanzstadtrat in Graz).

Die Aufsichtsräte beider Fraktionen reiben sich die Hände. Wieder wurde ein Stück öffentliches Eigentum verschertelt und dient nun privaten Spekulationen.

Die Grazer Wechselseitige hat sich die Bank Burgenland gesichert. An der Spitze der GRAWE steht die Haute Couture wirtschaftlich-konservativer Kreise.

## Ökoprofit Graz: Scheinlösung statt Aufklärung

Mit dem Verkauf der stadteigenen Firma CPC an die Grazer Stadtwerke wollen ÖVP und SPÖ in Graz die notwendige Diskussion um die politische Verantwortung für den Ökoprofit-Millionskandal beenden. Das ist aber nur eine Scheinlösung. Darauf weist der Grazer KPÖ-Klubobmann, Gemeinderat Sepp Schmalhardt, hin: „Die Stadtwerke befinden sich ebenfalls im Eigentum der Stadt Graz. Mit diesem Etikettenschwindel werden die finanziellen Belastungen nur von einem Topf in den anderen gesteckt. Der letzte Zuschuss von 150.000 Euro reicht nur für zwei Monate.“

Die KPÖ ist in Graz stets für genaue Kontrolle eingetreten und mahnt die politische Verantwortung der Stadtregierer ein. Mehr als zwei Millionen Euro versickerten beim Ökoprofit Skandal im tunesischen Sand. Hätte die Stadt auf die KPÖ gehört, wäre das nicht passiert.

### KOMMENTAR

#### Am Trog

Nach dem Ökoprofit-Skandal gab es fast ein Griss um die Vermarktungsrechte des erfolgreichen und schlaugen Ökoprofit-Modells. Zum Zug kamen die Stadtwerke und Karl-Heinz Dermoschegg, Unternehmer und ÖVP-Nationalratsmandatar.

Dermoschegg darf nun Ökoprofit im lukrativen Westen verkaufen, während sich die stadteigenen Stadtwerke im wenig profitablen Ex-Ostblock plagen müssen. Was einmal mehr beweist: Öffentliches Interesse ist zweitrangig – wer am (ÖVP-) Trog steht, braucht sich ums Futter nicht mehr zu sorgen.

ts

## Stadträtin Elke Kahr kritisiert neues Körpergeld der Energie Graz „Schaltergebühr“ für Stromrechnung

Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr greift die Kritik von Stromkunden der Energie Graz (früher Grazer Stadtwerke) auf.

Seit 1. April müssen diese nämlich am Schalter eine Gebühr von 1,50 Euro zahlen, wenn man bei der Energie Graz die Stromrechnung bar einahlt. Vor allem ältere Menschen machen von dieser

Möglichkeit Gebrauch und sind jetzt verärgert.

Elke Kahr: „Bei einer Stromrechnung von 22 Euro wie in einem konkreten Fall macht diese Gebühr immerhin 6,8% aus. Es gibt jährlich ca. 35.000

Bareinzahlungen, das Körpergeld der Energie Graz aus dieser neuen Gebühr beträgt also pro Jahr immerhin 52.500 Euro!“

Die KPÖ-Politikerin verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass ältere Menschen in unserer Stadt nicht gerade mit Reichtümern gesegnet sind und forderte die Energie

Graz auf, ihre Vorgangsweise noch einmal zu überdenken.

Bei der Energie Graz verweist man auf die Personalkosten und hält fest, dass diese Gebühr weit unter dem üblichen Maß für Barzahlungen liege. Und man gibt sich sozial: Bei finanziellen Härtefällen werde man von der Gebühr absehen!

## KPÖ-Engagement: Das Puch-Museum ist wieder geöffnet

Jahrelang hat sich KPÖ-Gemeinderätin Gertrude Schloffer für den Erhalt des Puch-Museums engagiert. Die einzigartige Ausstellung über das Puch-Werk und dessen berühmte Produkte wurde im Kulturhauptstadtjahr 2003 ins Leben gerufen und musste dann lange um den Fortbestand bangen. Heu-



KPÖ Gemeinderätin Gertrude Schloffer

er zeigte Schloffers Einsatz Früchte: Am 30. März öffnete das Puch-Museum am neuen Standort in der Puchstraße 85 und zeigt nun weiterhin die Höhepunkte der historischen Grazer Fahrzeugproduktion. Öffnungszeiten: Freitag und Samstag vom 13 bis 18 und am Sonntag von 10 bis 18 Uhr.



Das Puch-Museum zeigt 560 Sammlerstücke aus dem Grazer Puchwerk.



Baustelle Stadtpark: Bis 2008 mehr als 100 neue Bäume.

## Stadtpark: Bis 2008 werden 146 kranke Bäume ersetzt

Ungewohnt kahl zeigt sich der Stadtpark seit wenigen Wochen. Der Grund für den Radikalschnitt: Der Zustand von 146 Bäumen sei derart schlecht, dass für Passanten Gefahr bestehe, heißt es beim zuständigen Stadtrat Gerhard Rüsich. Sowohl der Natur- als auch der Denkmalschutz haben grünes Licht für die Maßnahmen gegeben.

Die Sanierung betrifft die Montclair- und die Dubrovnik-Allee. Von den mehr als 2000 Bäumen des Parks werden insgesamt 146 entfernt und fast gänzlich durch neue ersetzt. Die Abwicklung des Ein-Millionen-Euro-Projektes

übernehmen die Wirtschaftsbetriebe. Die Aktion ist auf drei Etappen aufgeteilt: Heuer fallen 86 Bäume, 2007 folgen 39 und die restlichen 21 werden 2008 ersetzt.

Die neuen Pflanzen – bis zu acht Meter hohe Kastanien – kommen aus einer oberösterreichischen Baumschule. Sie sollen schon nach wenigen Jahren eine ansehnliche Baumkrone aufweisen und nebenbei widerstandsfähiger gegen die Miniermotte sein, welche die heimischen Kastanien jedes Jahr zu früh braun werden lässt.

Für interessierte Grazer werden die Wirtschaftsbetriebe Infotafeln aufstellen.

## GUTES ZEUGNIS FÜR DAS WOHNUNGSAMT Moderne Vergaberichtlinien — hohe Kundenzufriedenheit

Die aktuelle Entwicklung bei den Wohnungsansuchen beweist, dass Graz mehr Gemeindewohnungen braucht. Dazu kommt, dass die EU den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert hat. Seit 1.1. 2006 können auch Nicht-EU-Bürger, die schon länger bei uns leben und ein Einkommen haben, um eine Gemeindewohnung ansuchen. Das Wohnungsamt muss dieses Gesetz vollziehen.

Rund 1600 Wohnungsansuchen werden derzeit von den Bediensteten im Wohnungsreferat des Grazer Wohnungsamtes bearbeitet, Tendenz steigend. Moderne, nach sozialen Kriterien erarbeitete Vergaberichtlinien garantieren eine größtmögliche Objektivität bei der Zuweisung von Gemeindewohnungen. Über diese haben sich bereits verschiedene Städte aus dem In- und Ausland informiert.

Anders als private Vermieter kann sich die Stadt Graz ihre Mieter nicht aussuchen, im Gegenteil, sie ist sogar

verpflichtet, alle Wohnungswerber bei Vorliegen der geforderten Voraussetzungen mit einer Wohnung zu versorgen. Mietenrückstände oder soziale Konflikte erfordern von den Mitarbeitern der städtischen Wohnhausverwaltung ein besonderes Maß an Einsatz, Belastbarkeit und sozialer Kompetenz. Unterstützung kommt von der modernen EDV, das Hausverwaltungsprogramm wird ständig auf den neuesten Stand gebracht.

Das diese Arbeit von den Mietern sehr geschätzt wird, beweist eine Kunden-

zufriedenheitsanalyse der Wirtschaftsuniversität Wien, die der städtischen Wohnhausverwaltung ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellt und diese im Vergleich mit privaten Hausverwaltungen und Genossenschaften gewinnen lässt.

„Erstaunlicherweise wird noch immer die Meinung vertreten, Privatisierungen und eine Erhöhung der Wohnbeihilfe würden die Allheilmittel gegen alle Probleme des sozialen Wohnbaus sein. Dabei ist längst klar, dass kommunale Wohnungspolitik nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden kann. Konzepte einer Wohnbetreuung sowie der Neubau von leistbaren Wohnungen sind die dringendsten Gebote der heutigen Zeit“, so die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

## EINKAUF IN GRAZ: Länger offen in der Innenstadt

Große Erwartungen setzt die Stadt in längere Öffnungszeiten, wie Wirtschaftsstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg unlängst verkündete. Die Idee: Der Abendeinkauf bis 19 Uhr soll es in den Kassen ordentlich klingeln lassen. Bürgermeister und Klammerth-Chef Siegfried Nagl überlegt etwa, bis 19.30 Uhr offen zu halten. Und Eiselberg hat einen Einkaufsabend pro Woche bis 21 Uhr im Visier.

Für die Beschäftigten im Handel würde dies eine unzumutbare Mehrbelastung bedeuten. Alle bisherigen Verlängerungen der Einkaufszeiten gingen zu deren Lasten, neues Personal wurde nicht eingestellt und der Trend geht von Vollzeit- zu Teilzeitarbeitsplätzen. Und dies in einem Bereich, wo zumeist nur äußerst dürftige Gehälter bezahlt werden.

Die KPÖ stellt Verbesserungen für die Beschäftigten in den Mittelpunkt.



**Mietwucher.** Die Schloßberg-Apotheke, deren Vorgängerin seit 1564 in der Sporgasse daheim war, ist aus Kostengründen in die Hofgasse gezogen. Wenn selbst für eine Apotheke, die ja bekanntlich nicht gerade wenig Geld abwirft, die Sporgasse zu teuer wird, dann ist das ein Beweis mehr für die überzogenen Geschäftsmieten im Zentrum.



**Freier Platz.** Ein großer Schritt zum Platz für Menschen ist derzeit am Freiheitsplatz in Arbeit. Archäologen untersuchen den Boden nach historischen Funden, bevor nach Plänen der Anrainer Bäume gepflanzt und Bankerln aufgestellt werden – damit die Bewohner etwas zum Freuen und die Architekten etwas zum Maulen haben.



**Standl-Posse.** Seit 2003 sollten 14 neue Standln den Hauptplatz schmücken – so halten die alten Gefährte den vergammelten Charme des alten Platzes aufrecht. Schuld daran ist ein Streit zwischen Standl-Bauer Peter Draxler und der Stadt. Draxler wiederum, der 45.000 Euro pro Stand bekommt, schiebt die Schuld auf die Sonderwünsche der Standler.

Schon über 2500 Unterschriften gesammelt

# Gemeindewohnungen auf Kasernengrund

Bis jetzt sind bereits 2500 Unterstützungserklärungen für die Petition „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ bei der Grazer KPÖ eingelangt. Das ist ein Signal für die große Unterstützung dieser Forderung durch die Bevölkerung.

Wir brauchen mehr leistbare Gemeindewohnungen", so die Forderung der Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Diese sollen nun auf jenen Kasernengrundstücken entstehen,

die aufgelassen und verkauft werden. Eine entsprechende Petition an den Nationalrat, deren Erstunterzeichnerin die Wohnungsstadträtin ist, fordert den Bund auf, Kasernengrundstücke den

Gemeinden – so auch der Stadt Graz – zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Elke Kahr: „Es ist wichtig, dass sich viele Menschen mit dieser Initiative solidarisieren. Der Bedarf an erschwinglichen Gemeindewohnungen steigt. Immer mehr Menschen können sich die steigenden Kosten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht

Gemeinden wird das Bauland knapp. Das treibt die Kosten in die Höhe.

Nun könnten Teile der Kasernengrundstücke für die Errichtung von Gemeindewohnungen gesichert werden. Der Bund ist aufgefordert, seinem sozialen Auftrag nachzukommen und den Gemeinden geeignete Grundstücke zur Verfügung zu stellen“.

Unterstützen. Voraussetzung für den Bau von Gemeindewohnungen sind aber gewidmete Baugründe. Vor allem in größeren

Unterstützen für die Petition gibt es bei der Grazer KPÖ, Lagergasse 98a, und im KPÖ-Gemeinderatsklub im Grazer Rathaus. Sie können auch aus dem Internet unter <http://www.kpoe-graz.at> heruntergeladen werden. Eine Petition an den Nationalrat kann von allen Österreichern unterzeichnet werden. Unterschriften bitte an die steirische KPÖ, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.



**Für neue Gemeindewohnungen auf Kasernengrund.**

**Graz braucht mehr Gemeindewohnungen. Packen wir's an!**

## Erreichbar auch für Behinderte

KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger kämpft für behindertengerechtes Wohnungsamt



foto furgler

Seit Jahren bemüht sich die KPÖ um ein behindertengerechtes Wohnungsamt. Bei der letzten Sitzung des Gemeinderates nahm KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger erneut einen Anlauf, stellte den Antrag nach einer Übersiedlung in behindertengerechte Räume. Bürgermeister Siegfried Nagl meinte selbst, dass das notwendig und überfällig sei. Nun muss sich weisen, wieviel Gewicht die Vorstellungen des Bürgermeisters haben.

## EU-BRIEFKÄSTEN: Umrüstung ist Erhaltungsarbeit Mieter müssen nicht zahlen

Aufatmen für Bewohner von Gemeindewohnungen. Die müssen nicht mehr zahlen, wenn die neuen EU-Briefkästen kommen.

Wegen der Umstellung der Gemeindebauten auf die EU-Briefkästen werden die Vorschriften für die Mieter nicht erhöht. Diese gute Nachricht konnte Wohnungsstadträtin Elke Kahr im Gemeinderat verkünden. Weil die Umrüstung auf die neuen Briefkästen eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung darstellt, handelt es sich um Erhaltungs-

arbeiten. Die Kosten sind daher aus der Mietzinsreserve bzw. der Rücklage zu decken.

### Forderung der EU

Die EU schreibt vor, bis 2009 die bisherigen Postkästen durch neue Hausbrieffachanlagen mit individuellen Einwurfschlitzen zu ersetzen, zu denen auch private Postdienste Zugang haben. Elke Kahr: „Ich persönlich meine, dass die Kosten der Umstellung diejenigen tragen sollen, die davon profitieren. Also die Werbeindustrie und die privaten, meist internationalen Zustell- bzw. Postdienste.“ Österreichweit machen die Kosten für die Umstellung

60 Millionen Euro aus. Übrigens ist es weiterhin erlaubt, die alten Hausbriefkästen der Post neben den „neuen“ Hausbrieffachanlagen hängen zu lassen.

Ein Vorteil, denn die neuen Hausbriefkästen sind beispielsweise so konstruiert, dass Sendungen wie Versandhauskataloge nicht eingeworfen werden können. Diese Poststücke müssen deshalb auf dem Postamt hinterlegt und abgeholt werden; ein großer Mehraufwand. Wenn nun die alten Hausbriefkästen nicht abmontiert werden und neben den neuen EU-Briefkästen bestehen bleiben, wäre allen gedient.

# Gemeindewohnungen auf Kasernengrund!



Der Bedarf an erschwinglichen Gemeindewohnungen steigt. Immer mehr Menschen können sich die steigenden Kosten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht mehr leisten. Grundvoraussetzung für den Bau von Gemeindewohnungen sind aber gewidmete Baugründe. Vor allem in größeren Gemeinden wird das Bauland knapp. Das treibt die Kosten in die Höhe.

Mit den geplanten Verkäufen der Kasernengrundstücke könnten Teile davon für die Errichtung von Gemeindewohnungen gesichert werden. Der Bund ist hier aufgefordert, seinem sozialen Auftrag nachzukommen und den Gemeinden geeignete Grundstücke anzubieten. Der Grazer Gemeinderat unterstützt geschlossen diese Forderung.

Jetzt brauchen wir Ihre Hilfe, damit dieses wichtige Anliegen umgesetzt wird.

Die Unterzeichnenden richten gemäß Art. 11 StGG an den Nationalrat folgende

## PETITION

**Der Bund wird ersucht, den Gemeinden – so auch der Stadt Graz – Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen und zum Zwecke des Baus von Gemeindewohnungen zu überlassen.**

Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift
Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift
Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift
Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift

**Erstunterzeichnerin:** Stadträtin Elke Kahr, Babenbergerstraße 1, 8020 Graz, geb. 2.11.1961

Graz, am 20. 2. 2006



**Diese Petition ist eine Initiative der Grazer KPÖ.**

Kontaktadresse und Informationen: KPÖ-Graz, Lagergasse 98 a, 8020 Graz. Telefon (0316) 71 24 79, Web [www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at), Mail: [manfred.eber@kpoe-graz.at](mailto:manfred.eber@kpoe-graz.at), Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei den Aktivist/inn/en der KPÖ abgeben.

## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

### Spannungen zwischen Kulturen

In einer Phase deutlicher Spannungen zwischen den Kulturen (Karikaturenstreit...) erlebe und beobachte ich seit mehr als einem Jahr in meiner unmittelbaren Wohnumgebung einen Vorgang, der es durchaus in sich hat, diese Spannungen auf lokaler Grazer Ebene wesentlich zu verstärken, auch der wieder deutlicher werdenden Ablehnung von Fremden oder ausländischen Mitbürgern Vor-schub zu leisten.

In der Neubaugasse 67 fand vor ca. zwei Jahren die Bauverhandlung betreffend des Vereins „Liga für internationalen Kulturaustausch“ statt. Es war schon zu diesem Zeitpunkt nicht klar formuliert, was genau die Ziele und Inhalte dieses Vereins darstellen, klar war, daß es sich um eine moslemische Interessensgruppe handelte. Der Bezirksvorsteher Otto Trafella betonte im Zuge dieser Bauverhandlung (in Anspielung auf einen anderen islamischen Verein, der in der Josefigasse den betroffenen Anrainern große Probleme gemacht hatte), er werde ein waches Auge auf die Sache werfen und die Interessen der Anrainer wohl vertreten.

Bald schon entwickelte sich die Liegenschaft Neubaugasse

67 zu einem überaus stark frequentierten Umschlagplatz: Tag und Nacht kamen und gingen Menschen, von morgens um ca. 5.30 Uhr bis in die Nacht fanden diverse Treffen statt.

Samstags und sonntags funktioniert das Anwesen als eine Art Kindergarten: die Kinder befinden sich dann die meiste Zeit im (offenen) Innenhof, unbeaufsichtigt; von Wochenendruhe kann keine Rede mehr sein. Weihnachtsruhe übrigens fand ebenfalls nicht statt.

Grundsätzlich ist die Lärm-, Verkehrs- u. damit Schmutzbelastigung unverhältnismäßig gestiegen, die Wohnqualität

für die Anrainer wesentlich gemindert. Meine bisherigen Versuche, zuständige Stellen der Stadt für den Fall zu interessieren, haben gezeigt, daß man von dieser Seite die Interessen und Sorgen der Bürger nicht wirklich wahrnehmen will: niemand will verantwortlich sein.

Ist das gerade angesagte „practical correctness“ oder stecken möglicherweise irgendwelche diffusen Interessen darüber? Die Herrschaften sollten wissen, daß die Vorgänge in diesem Verein immerhin schon zu einer Observierung der Staatspolizei geführt haben (wegen der Gastpredigt eines angeblichen „Haß“-Predigers!)

Ich appelliere hiermit an die politisch Zuständigen, sich der Sache anzunehmen und sich mit allen Betroffenen zur Klärung an einen Tisch zu setzen.  
Mag. Willi Bernhart, Graz

Cartoon von Barbara Henniger



Zu teuer: Bau des LKH-West

### LKH-West-Umbau als Zankapfel im Landtag

Ein vertraulicher Rohbericht des Landesrechnungshofes über das Grazer LKH West, der massive Baumängel und Baukostenüberschreitungen kritisierte, wurde von der ÖVP weidlich ausgeschlachtet. Gleich mit 17 Fragen bombardierte die VP den zuständigen Landesrat Helmut Hirt (SPÖ).

Der trat in der Anfragebeantwortung die Flucht nach vorne an: „Das ist ein politisches Spiel der ÖVP. Ich habe mein Amt erst im November 2005 angetreten.“ Hirt berichtete, daß er bereits eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übergeben habe. Es gehe ihm um eine lückenlose Aufklärung.

Peter Hagenauer (Grüne) forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Werner Murgg (KPÖ) erinnerte die ÖVP daran, dass sich der Aufsichtsrat der KAGES sich seit Jahren wie ein „Who is Who“ der steirischen ÖVP lese. Sogar ÖVP-Klubobmann Drexler gehörte diesem Gremium eine Zeit lang an. Werner Murgg an die ÖVP: „Aber stellen Sie ihre Fragen einmal ihren Aufsichtsräten!“

**KPÖ BILDUNGSVEREIN**

**REICHTUMSBERICHT**

www.kpoe-steiermark.at

#### Förderungspreis für Arbeiten auf dem Gebiet der „Reichtumsforschung“

Der KPÖ-Bildungsverein vergibt für wissenschaftliche Arbeiten steirischer Studierender bzw WissenschaftlerInnen zum Thema „Reichtum in der Steiermark“ einen mit 1.500 Euro dotierten Preis.

Es gibt keine Einschränkungen auf ein bestimmtes Fachgebiet oder hinsichtlich der angewandten Methoden oder theoretischen Ausrichtung. Somit können sowohl empirische als auch Arbeiten eingereicht werden, die sich auf eine Literaturrecherche und deren Analyse stützen.

Gefördert werden Seminararbeiten, Diplomarbeiten und Dissertationen. Kein Mindestumfang. Der Preis kann geteilt werden.

Einreichschluss ist der 30. September 2006. Bei Diplomarbeiten und Dissertationen kann auch das Konzept eingereicht werden. Die Arbeiten bitte per E-Mail einsenden an:

foerderungspreis@kpoe-steiermark.at

Rückfragen können per E-Mail an die oben angeführte Adresse gerichtet werden oder an: KPÖ-Bildungsverein, Herrngasse 16 – Hinterhaus, 8010 Graz

# Heile Welt, Zensur und Spitzelwesen

Die Zeit des Biedermeier war eine heile Welt – mit Abstrichen. Ein kurzer Abriss über häusliche Geselligkeit, Backhendln im Staatswappen und Revolutionen.

Der Name „Biedermeier“ verdankt sein Entstehen der satirischen Figur des schwäbischen Schulmeisters Gottlieb Biedermeier, die der deutsche Humorist Ludwig Eichrodt mit seinem Schulkameraden Adolf Kußmaul um 1855 schuf. Der fromme Dorfschulmeister, gesetzestreu und aufrecht, wurde zur Personifikation der apolitischen bürgerlichen Kultur der Zeit vor 1848.

Das Biedermeier scheint eine recht heile Welt dargestellt zu haben, heißt es oft in der Literatur. Auch Zeitgenossen sahen das vielfach so. Manchen dünkte das Grazer Bürgertum kaum politisch rege, sondern vielmehr fast ausschließlich den leiblichen Genüssen zugetan.

1843 weilte der Schriftsteller, Dramaturg und spätere Direktor des Wiener Hofburgtheaters Heinrich Laube in Graz. Er notierte: „Trotzdem ich mich verirrt hatte und sehr spät nach Hause kam, fand ich die Wirtsstube meines Gast-

hauses noch belebt. Es wurden noch ‚Hendeln‘ verspeist und ‚Seidln‘ getrunken. Die Backhendeln sind bekanntlich der Mittelpunkt der österreichischen Nationalität. Es ist ein historischer Fehler, daß die Österreicher nicht ein Backhendln im Wappen haben.“

Das war der äußere Schein, doch der trog, denn das Biedermeier war als „Vormärz“ die Zeit vor der Märzrevolution des Jahres 1848; eine Zeit voller Missstände. Die prangerte Erzherzog Johann an, wenn er etwa meinte:

„Der Magistrat der Hauptstadt Gratz hat, hört

man die öffentlichen Stimmen, nicht den besten Ruf. Der Bürgermeister ist diesem Platze gar nicht gewachsen, seine Versetzung an irgendeine Justizstelle das beste, und statt seiner ein thätiger, kräftiger, redlicher Mann, um den dortigen Augias Stall aufzuräu-

men.“ Das war die Kehrseite der Medaille.

Die Zeit bis zum Wiener Kongress (1814/1815) war erfüllt von den Auseinandersetzungen mit Frankreich und Napoleon. Diesem konnte erst erfolgreich begegnet werden, als man Volksheere aufstellte und den Idealismus der Jugend entzündete.

Doch bald nach 1815 begann eine rückläufige Bewegung in der „Ära Metternich“, war es doch der Wille des Fürsten und österreichischen Staatskanzlers Clemens Lo-

thar Wenzel Metternich, die den entscheidenden Impuls für Leben und Politik in Europa gaben. Die Idee der Volkssouveränität – gefordert in der Französischen Revolu-

tion – galt ihm als der größte Feind, das Gedankengut der „Aufklärung“ wurde über Bord geworfen. Und Kaiser Franz I. stand sowieso allen Neuerungen skeptisch gegenüber. Der Polizei-, Spitzel- und Überwachungsstaat war fast allgegenwärtig.

Erzherzog Johann notierte 1824: „Alles ist mißtrauisch, unzufrieden, voll banger Sorge um die Zukunft, keiner traut dem anderen, denn er weiß nicht, ob ihm da nicht ein Polizeispitzel umlauert...“

So wurde das Verhältnis der Menschen zum Staat negativ, sie wandten sich von den öffentlichen Interessen ab und zogen sich in ihre vier Wände zu-

Von Gerhard M. Dienes

rück. Die häusliche Geselligkeit wie die Kultur im kleinen Kreis war aber nur eine äußerliche.

1830 kam es zum ersten tiefen Einschnitt in der konservativen Staatenwelt durch die Revolution in Frankreich und durch andere Erhebungen. Dadurch stieg auch in Österreich der Widerstand. Das politische Interesse, der Wille zur Tat erwachten. Das System reagierte aber nicht auf den gesellschaftlichen Wandel. Im Gegenteil: Es erstarrte noch mehr, als nach Franz I. 1835 die „Marionette“ Ferdinand den Thron bestieg, Metternich verstärkt in die Innenpolitik eingriff und Zensur wie Spitzeltum zur Virtuosität ausbaute.

Insgesamt hatten sich unter der scheinbar ruhigen Oberfläche des Biedermeier schwerwiegende politische und soziale und auch nationale Konflikte angehäuft.

Die Unzufriedenheit hatte im März 1848 jenes Ausmaß erreicht, das zur Revolution führte, welche – die Fesseln der Feudalität beseitigend – die Initialzündung für den Weg in moderne Welt gab.

Die aufklärerischen Ideen der Philosophen des 18. Jahrhunderts hatten eine ungeheure Hoffnung geweckt, öffneten sie doch den Horizont auf eine menschliche Existenz ohne Not, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Heute, über zwei Jahrhunderte später, könnte die Menschheit endlich über Mittel verfügen, um diesen Ideen materielle Geltung zu verschaffen.

Doch die Realität sieht anders aus, wie Jean Ziegler darlegt: Hunger und Elend sind schlimmer als je zuvor. Eine neue Klasse von Feudalherren, die Kosmokraten der großen Konzerne, maßt sich an, der Welt ihr Gesetz aufzuzwingen.

„Der Magistrat der Hauptstadt Gratz hat nicht den besten Ruf. Der Bürgermeister ist diesem Platze gar nicht gewachsen.“



Der Jakominiplatz im Biedermeier – auch dort regierten die leiblichen Genüsse.



Der Brandschutz für Hochhäuser wird in Graz besonders streng ausgelegt.

## TEURER BRANDSCHUTZ TREIBT Hilferuf der

Nachdem die Feuerpolizei seit 2000 enorm teure Brandschutzmaßnahmen in 240 Grazer Hochhäusern vorschreibt, wurde die KPÖ aktiv. Nun beschloss der Landtag eine Veränderung der Gesetze, damit die Bewohner nicht in den Ruin getrieben werden.

Als man mir sagte, wenn ich mir die neuen Brandschutzmaßnahmen nicht leisten kann, dann müsse ich eben meine Wohnung verkaufen und ausziehen, hab ich mir die Tränen verkniffen." – Für Ingrid Moretti, Hochhausbewohnerin in der Wienerstraße, war das der Startschuss, um gegen eine dubiose Auslegung des Bau- und Feuerpolizeigesetzes in Graz zu Felde zu ziehen. Nun erscheint Licht am Horizont: Der Landtag hat eine Änderung der Gesetzeslage beschlossen. Der Anstoß dafür kam von der KPÖ.

### 11.000 Euro

Seit dem Jahr 2000 steigt der Unmut in den 240 Grazer Hochhäusern – das sind alle Häuser mit mehr als acht Stockwerken oder mehr als 22 m Gebäudehöhe – stetig an. Der Grund dafür sind extrem aufwändige Brandschutzmaßnahmen, die von der Grazer Feuerpolizei vorgeschrieben werden und die sich für jede Wohnung mit rund 11.000 Euro zu Buche schlagen. „Dafür gibt es einen Kredit vom Land zu sehr

guten Konditionen. Aber für Menschen mit einer Pension von wenigen 100 Euro sind die Rückzahlungsraten von 109 Euro pro Monat als zusätzliche Belastung nicht finanzierbar“, weiß Moretti, die inzwischen das Sprachrohr der Grazer Initiative Hochhaus-Bewohner ist.

Für Wohnungsstadträtin Elke Kahr ist das ein triftiger Grund zu helfen: „Jeder sieht ein, dass aus Sicherheitsgründen notwendige Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Trotzdem muss man auf die Auswirkungen auf die Betroffenen achten, die sich solche Kosten nicht leisten können.“ Beim Besuch einer Infoveranstaltung hat sich die Wohnungsstadträtin davon überzeugt, wie dramatisch die Lage in vielen Häusern ist. Und sie hat sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet, die nun Früchte tragen.

### Hilfe naht

Denn auf die Petition der KPÖ an das Land, wonach die Gesetzlage entschärft werden soll, folgte nun eine breite Diskussion im Landtag. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP haben inzwischen den Ernst der Lage erkannt, die seltsamerweise nur in Graz so dramatische Auswirkungen zeigt. Überall sonst in der Steiermark wird das bestehende Gesetz humaner gehandhabt. „In Graz kommt es zu weit überzogenen Forderungen der Feuerpolizei“, heißt es im Landtagsstück, das die ÖVP eingebracht hat. Moretti: „Nirgendwo sonst in der Steiermark oder in Österreich verlangt die Feuerpolizei derart teure Maßnahmen.“



## MENSCHEN IN DEN RUIN

# Hochhaus-Bewohner erhört

Mehr Augenmaß bei der Grazer Feuerpolizei ist also gefragt – neue Bestimmungen im Feuerpolizeigesetz sollen das fördern, indem sie Maßnahmen mit enormen Kosten verhindern.

Was nun passiert, liegt am zuständigen Landesrat Manfred Wegscheider. Dort wartet das Gesetz auf eine Überarbeitung – und tausende Hochhaus-Bewohner auf die entscheidende Hilfe.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder email: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

## VIEL GELD:

**Graz zählt rund 240 Hochhäuser**, die allesamt älter als 30 Jahre sind und die auf neuesten feuerpolizeilichen Stand gebracht werden müssen.

**Wirbel gibt es** um die vorgeschriebenen Maßnahmen: Funktionierende Brandmelder sollen etwa durch neue mit Zusatzkosten von 500 Euro pro Monat ersetzt werden.

**Mehr als 50 Millionen Euro** machen die Aufträge für die Maßnahmen der Grazer Feuerpolizei in Summe aus. Daran lässt sich gut verdienen...



Große Siedlungen versprechen ein großes Geschäft

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### Budgettricks

Wie knapp die Stadt bei Kasse ist, zeigte die letzte Sitzung des Gemeinderates. Finanzstadtrat Wolfgang Riedler holte sich dort nämlich den Freibrief dafür, ein Budgetloch von 80 Millionen Euro eigenmächtig stopfen zu dürfen. Für die ÖVP und die SPÖ war das nicht der Rede wert, nur KPÖ und Grüne orteten Probleme und waren gegen diesen Budgettrick, der allerdings von ÖVP und SPÖ in trauter Zweisamkeit beschlossen wurde.

### Bürgerbeteiligung

Mehr Mitspracherecht für die aktiven Grazer Bürger soll der Bürgerbeteiligungsprozess bringen, der vom Gemeinderat im Februar abegesenet wurde. „Die KPÖ unterstützt alle Bestrebungen zu einer verbesserten Bürgerbeteiligung“, so **KPÖ-Klubobmann Sepp Schmalhardt**. Und die KPÖ strebt nach einer möglichst idealen



Umsetzung – und da zeigte das Projekt des zuständigen Stadtrates Gerhard Rüscher Verbesserungsbedarf. Die Bürgerinitiativen kritisierten nämlich, dass sie bei der Ausarbeitung des Projektes nicht dabei sein durften und fürchten auch, dass die Bürgerarbeit ob der schlechten Finanzlage der Stadt nie umgesetzt werden könne.

Deshalb kam von der KPÖ ein Zusatzantrag, wonach

für das Umsetzen der Bürgerideen Geld aufgebracht werden muss und alle jene Anliegen vorrangig abgewickelt werden, die derzeit für Konflikte sorgen.

### Messeschlössl

Die Tage der alten Messe sind gezählt, das Areal beim Messeschlössl soll zum Wohnbereich werden. Große Ausbaupläne hegt die Grazer Wechselseitige, unter

anderem denkt man an eine Tiefgarage mit mehr als 300 Stellplätzen samt Ausfahrt in die Münzgrabenstraße. **KPÖ-Gemeinderätin Christine Schönberg** machte Bürgermeister Siegfried Nagl aufmerksam, ein Auge auf den Bebauungsplan zu haben – bevor das Großprojekt ohne Bebauungsplan und damit ohne Einflussmöglichkeit für die Stadt durchgeboxt wird.

### Gegen Missbrauch

Allzu oft stellte sich in letzter Zeit heraus, dass bei den Tätigkeiten der Stadt mit einer besseren Kontrolle so manches Übel – wie die Ökoprotit-Pleite – nicht passiert wäre. Deshalb machte sich KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt dafür stark, dass die Aufsichtsräte der Grazer Stadtwerke und der Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH mit Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen besetzt werden.



**STRASSGANG**

**Verkehrschao programmiert**

Zwischen Straßganger Bad und Herman-Aust-Gasse sollen 700 neue Wohnungen entstehen. Allerdings gibt es keine verbindlichen Maßnahmen, um das zu erwartende Pkw-Aufkommen durch einen gezielten Ausbau des öffentlichen Verkehrs abzumildern. Schon jetzt gehören Straßganger

Straße, Kärntner Straße und die Harter Straße zu den am stärksten frequentierten Straßen der Steiermark. Die Feinstaubbelastung dieses Bereiches ist übrigens österreichweit die höchste.

Als Mindestmaßnahme fordert Bezirksvorsteherstellvertreter Kurt Luttenberger eine eigene

Busspur auf weiten Teilen der Straßganger Straße, eine ganztägige Linienführung der GVB-Buslinie 31 in Richtung Straßgang, konkrete Planungen, die Straßenbahnlinie Nr. 7 von der derzeitigen Endhaltestelle im „Niemandland“ Wetzelsdorf in Richtung Straßganger Bad zu verlängern.



**JAKOMINI**

**Keine Werbung für die ÖBB**

Bei der Stadtteilversammlung am 6. April in Jakomini, die Aufklärung über den geplanten Bau einer Flüssiggasabfüllstation am Gelände des Ostbahnhofs bringen sollte, gingen rund 100 Gäste enttäuscht nach Hause. Anstatt über Details aufzuklären, kam die ÖBB mit einem Juristen an, um alle möglichen Bedenken der Bevölkerung mit Bescheiden und Gesetzestexten zu entkräften.

Bei der Diskussion legte sich die ÖBB auch mit der Berufsfeuerwehr der Stadt an. Deren Einwände wurden nicht berücksichtigt, da sie auch als Gutachter eingeladen wurde und die ÖBB stattdessen ein eigenes Gutachten von der Brandverhütungstelle einholte.

In der wichtigsten Frage bewegte sich die ÖBB keinen Millimeter: Nach den beinahe tumultartigen Protesten der Bürger, warum eine Abfüllanlage für Flüssiggas und Mineralöle denn heutzutage noch mitten in der Stadt errichtet werden muss, gab es nicht einmal ausweichende Ausreden. Warum auch – die ÖBB

hat einen rechtskräftigen Bescheid.

„Diese Überheblichkeit, mit der hier Bürgerrechte mit Füßen getreten werden, ist kein Ruhmesblatt für die Politik eines Landes, das anscheinend kein Interesse an der Gesundheit der Bevölkerung hat und die Stadt Graz bei solchen Vorhaben gänzlich ausschließt. Vor allem aber war das keine Werbung für die ÖBB!“, sind sich KP-Gemeinderat Johann Slamanig und BV-Stv. Herbert Wippel einig.

**Gegen Verbauung des Moserhofschlössls**

Keine Ruhe kehrt im Bereich rund um die Messe ein: Zwar wurde eine Bebauungsplanpflicht für das gesamte Areal beschlossen, wird aber vor dem Sommer (auf Grund von Einspruchsfristen) noch keine Rechtskraft haben: Deshalb kämpft die Bürgerinitiative „Grünraumerhaltung rund um die Grazer Messe“ weiter mit Unterschriftsammlungen gegen eine Verbauung des Moserhofschlössls und um mehr Mitspracherecht der umliegenden Bevölkerung.

**GÖSTING**



**Angst in der Weixelbaumstraße**

Große Probleme haben die Anrainer der Weixelbaumstraße, welche die Wienerstraße mit der Kleinoschegstraße verbindet. Die schmale Straße hat keinen Gehsteig und die Fußgänger sind in ständiger Gefahr, „unter die Räder“ zu kommen. Seit Jahren werden Lösungsvorschläge abgelehnt. Das im September des Vorjahres von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gerhard Strohmriegel im Bezirksrat eingebrachte Ansuchen um Straßenbegehung und Suche nach Lösungen wurde bisher ignoriert.

**LEND**

**Jazz-Sommer wandert ab**

Erstmals seit bestehen des Grazer Jazz-Sommers findet dieser heuer (13. Juli bis 15. August) nicht am Mariahilferplatz statt, sondern auf den Kasematten und im Dom im Berg. Damit ist nun Schluss mit der musikalischen Ruhestörung in der Mariahilferstraße, aber auch Schluss mit dem Gratis-Eintritt!

**Fischmarkt-Aus**

In Zukunft soll es im Bezirk Lend noch ruhiger werden: Der Hamburger Fischmarkt soll 2006 zum letzten Mal am Lendplatz stattfinden. Wohin er ausweichen wird, steht noch nicht fest und auch nicht, ob es in Zukunft alternative Veranstaltungen am Lendplatz geben wird.

**WETZELSDORF**

**Vorzeigeprojekt Spielpark Schererstraße**



Heuer im Frühjahr wird nach jahrelangen Bemühungen des Bezirkrates Wetzelsdorf der Spielpark Schererstraße eröffnet. Auf 450 mal 200 m können die Kids Fußball, Völkerball, Beachvolleyball spielen und auf Spielgeräten und Rutschen herumtollen. Damit soll sonst programmierten Spannungen in

diesem Siedlungsgebiet vorgebeugt werden. Für die erste Zeit ist zudem eine 2 bis 3 Mal monatlich stattfindende professionelle Programmgestaltung für Kinder geplant. Ergänzt wird das Grazer Vorzeigeprojekt um Parkmöglichkeiten, Trinkwasserbrunnen und Behinderten-WCs.

## KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

### GEIDORF

#### Kurzparkzonen für die Theodor-Körner-Straße

Im Bezirk wird der Unmut über das Parkproblem in der Theodor-Körner-Straße lauter. Die Parkplätze sind derart von Pendlern verparkt, dass die Bewohner kaum Parkplätze finden. Daher wird die Einrichtung einer Kurzparkzone dringend gefordert.

#### Neuer Spielplatz am Hasnerplatz

Derzeit wird der Spielplatz Hasnerplatz umgebaut. Eltern mit Kleinkindern werden sich freuen, meint Bezirksrätin Grete Skedelj, soll doch eine Abgrenzung dafür sorgen, dass die Sprösslinge nicht so rasch auf die gefährliche Straße entwischen können und die Spielflächen frei von Hundekot bleiben.

### WALTENDORF

#### Bibliothek muss bleiben

Auf breite Ablehnung stößt die Schließung der Bibliothek in der Rudolfstraße. Für viele Bewohner der Bezirke Waltendorf und Ries ist die Zweigstelle zu einem wichtigen Bestandteil ihres Lebens geworden, an dem Bücher entlehnt und soziale Kontakte gepflegt werden.

„Ein schlimmeres Armutszeugnis als die Schließung von Schulen und Bibliotheken kann sich die Politik gar nicht ausstellen. Den Menschen wird eine der wenigen leistbaren Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten weggenommen“, so KPÖ-Gemeinderat Georg Fuchs.

### GRIES

#### Keine neue Straßenverbindung

Auf dem Gelände neben der Karlauer Kirche (ehem. Fa. Kuss) wird ein Penny-Markt einziehen. Bei der Bauverhandlung dazu wurde festgehalten, dass eine Straßenverbindung von der Karlauerstraße zur Rankengasse in dieser Gegend nicht geplant und vor allem von der Bevölkerung nicht gewünscht wird.

### MARIATROST

#### Stoppt die Blechlawine!

„Der öffentliche Verkehr muss über die jetzige Endstation der Linie 1 weiter stadtauswärts wirksam werden, um der wachsenden Blechlawine entgegenzutreten“, benennt GR Andreas Fabisch das drin-

### EGGENBERG

#### Aus für Übungsvolksschule?

„Die Pädak in Eggenberg darf auf keinen Fall zugesperrt werden!“, meint BV-Stellvertreterin Eva-Maria Fischer. Die Schließung der Übungsvolksschule wäre ein großer Verlust für den Bezirk.

Da in den anderen Schulen in Eggenberg zu wenig Platz ist, um die Kinder der Pädak unterzubringen, würde das be-



#### Seniorenberatung

Das Siedlungsprojekt Denggenhof organisiert einmal im Monat (jeden letzte Mittwoch) einen Pensionisten-Treff im Siedlungszentrum. Für eine kompetente Sozialberatung bei diesen Treffen setzt sich Bezirksvorsteher Stv. Inge Arzon (KP) ein.

gendste Problem des Bezirkes. „Es darf nicht sein, dass gute Lösungsansätze an finanziellen Problemen scheitern“, pocht Fabisch auf die Nahverkehrsabgabe für Unternehmen nach Wiener Vorbild.

deuten, dass viele Kinder in die Innenstadt zur Schule fahren müssten. Für die Eltern wäre das eine große zusätzliche Belastung, zumal heute in den meisten Familien beide Elternteile berufstätig sind. „Die Übungsvolksschule muss erhalten bleiben, egal, ob sie von der Kirche oder von der Stadt finanziert wird.“



### INNERE STADT



#### Fuzos: Künftig mehr Gedränge

Bisher durften zwischen 5 und 11 Uhr nur Lastfahrzeuge mit maximal 7,5 Tonnen in die Fußgängerzone fahren. Künftig erlaubt man die Einfahrt auch Lkws bis 15 Tonnen und öffnet die Fuzo für Pkws. Begründung der Behördenvertreter: Die bestehenden Vorschriften werden ohnehin nicht eingehalten, die Polizei kontrolliert zu wenig.

Nach Auffassung von Franz Stephan Parteder (1. BV-Stellvertreter, KPÖ) ist es gefährlich, wenn man den Wünschen von Wirtschaft und Autofahrerlobby immer wieder nachgibt. Er weist darauf hin, dass Erich Edegger seinerzeit positive Veränderungen gegen wütende Proteste von dieser Seite durchgesetzt hatte.

#### Beach-Volleyball und Fußball-WM in der Oberstadt

Auf die Bewohner der

Oberstadt kommt im Juni einiges zu. Einen Monat lang gibt es auf dem Dach der Pfauengartengarage Fußball-WM live. Und am Karmeliterplatz findet gleichzeitig ein Beach-Volleyball-Turnier statt. Belästigungen der Anrainer sind vorprogrammiert.

Die KPÖ hat diese Tatsache im Gemeinderat angesprochen. Laut dem zuständigen StR Gerhard Rüsich ist für den (nicht öffentlichen) Bereich Pfauengarten das Veranstaltungsreferat der Bundespolizeidirektion zuständig. Und das begünstigt die Veranstalter, da im Gegensatz zu Freiluftveranstaltungen auf öffentlichen Flächen der Stadt (dort gelten wenigstens die Veranstaltungsrichtlinien) für private Flächen keine verbindlichen Auflagen zum Schutz betroffener AnwohnerInnen vorgeschrieben werden können, was Lärmschutz und Dauer angeht! Grund dafür ist das vollkommen veraltete Veranstaltungsgesetz des Landes aus dem Jahr 1969, das keinen Schutz für die Anrainer vorsieht.

KOMMENTAR

Reinen Tisch

Der durch den Bawag-Skandal angerichtete Schaden für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Österreich ist größer, als manche wahrhaben wollen. Ich hoffe, dass man jetzt im ÖGB reinen Tisch macht und dass die Gewerkschaft in Österreich wieder dort hinkommt, wofür sie gegründet wurde. Sie muss die Anliegen der Arbeiter vertreten und darf nicht mit Arbeitergeldern spekulieren. Derzeit muss man ja hinterfragen, ob der ÖGB mit der Unterstützung von Streiks deshalb so vorsichtig umgegangen ist, weil der Streikfonds und andere Gewerkschaftsgelder verpfändet waren.

Die kleinen Gewerkschafter sind nicht schuld an der jetzigen Krise und an den sich überstürzenden Ereignissen. Die Millionäre ganz oben tragen die alleinige Verantwortung. Zuerst wurde das Vermögen des ÖGB (und der Gewerkschaftsmitglieder) verpfändet, um die ÖGB-Bank BAWAG zu retten. Jetzt stößt man die BAWAG ab. Diese Vorgangsweise ist nicht in Ordnung.

Weil die gewerkschaftliche Vertretung der arbeitenden Menschen aber unbedingt notwendig ist, brauchen wir Veränderungen beim ÖGB, wir brauchen mehr Demokratie im Gewerkschaftsbund. In einer Zeit des Sozialabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der unselbstständig Beschäftigten sollten sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung darauf besinnen, für wen sie eigentlich da sind.

Die Arbeiter brauchen gute Vertrauensleute und keine Manager, die Milliarden in der Karibik verspielen.

**Peter Scherz**, steirischer Arbeiterkammer-Rat des KPÖ-nahen GLB und Arbeiterbetriebsrat bei Magna Steyr Graz.



SPÖ- und ÖGB Zentrale in Graz: Man logiert neuerdings in einem Gebäude, das der BAWAG gehört.

ÖGB, BAWAG, HYPO  
**Skandale, wohin man schaut**

Die Bawag-Manager setzen eine Milliarde Euro in den Sand. Die Hypo-Alpen-Adria-Bank schreibt 300 Millionen Euro Verlust. ARBÖ-Führung wirtschaftete in die eigene Tasche. Alles nahezu ohne Konsequenzen.

**S**skandale, wohin man schaut: Im Fall BAWAG-ÖGB geht es um über eine Milliarde Euro, die bei riskanten Geschäften in der Karibik verloren ging. Bei der Hypo-Alpen-Adria hat man mehr als 300 Millionen Euro in den Sand gesetzt. Beim ARBÖ kracht es an allen Ecken und Enden. Und auch die hausgemachten, steirischen Skandale – Stichwort Herberstein oder Ökoprofit – sind noch nicht vergessen. SPÖ und ÖVP, Spitzenleute der Gewerkschaft und konservative Manager haben eines gemeinsam: Ihre Gier hat keine Grenzen. Und sie bleibt ohne Konsequenzen!

Der ÖGB und seine Bankgeschäfte bringen der Gewerkschaftsbewegung ein Glaubwürdigkeitsproblem erster Ordnung (siehe neben-

stehenden Kommentar des GLB-AK Rates Peter Scherz).

Der ähnlich gelagerte Fall bei der Hypo-Alpen-Adria Bank ist aber von den Eigentümern Land Kärnten (Eigentümerversprecher ist LH Jörg Haider) und Grazer Wechselseitige (fest in der Hand der konservativen Kräfte aus der Grünen Mark) zu verantworten.

Zustände wie im Casino

In der Welt des Finanzkapitals geht es zu wie im Casino. Man spielt Hasard – und zwar um Milliardenbeträge. Zahlen müssen aber meist nicht die Manager und die Spitzenpolitiker. Für die Kosten von Pleiten oder von riskanten Geschäften soll die Allgemeinheit aufkommen.

Das zeigt auch das Bei-

spiel BAWAG: Ex-Generaldirektor Elsner hat sich seine Millionenpension auszahlen lassen und kann ein süßes Leben im Luxus-Penthouse am BAWAG-Gebäude führen. Auch Fritz Verzetnitsch hat die Aussicht auf eine Pension von über 11.000 Euro monatlich.

Haarsträubende Privilegien werden als normal empfunden und sind rechtlich abgesichert. Gleichzeitig gibt es eine Belastung nach der anderen für die arbeitenden Menschen und für die Masse der Pensionisten.

Die Fälle BAWAG, ÖGB und ARBÖ sagen leider mehr über das Wesen der SPÖ-Führung aus als ihre scharfen Wahlkampfreden gegen den Neo-Liberalismus und gegen die unsoziale Politik der Regierung.

## EU Gipfel in Graz – Der Bolkestein Hammer

# In Graz fällt die Entscheidung!

Eine wichtige Entscheidung über die Dienstleistungsrichtlinie der EU fällt in Graz: Auf ihrem informellen Gipfel wollen die Wettbewerbsminister vom 20. bis 22. April entscheiden, wie Sozialabbau und Lohndumping durch diese Richtlinie ausgestaltet werden. Das Aktionsbündnis Solidarität ruft deshalb zu einer Demonstration am **22. April** auf.

Was steht auf dem Spiel? Eine große Koalition von Volkspartei und SP auf EU-Ebene hat auf die europaweiten Proteste gegen die Gefahren des schrankenlosen Wettbewerbs bei den Dienstleistungen mit einem neuen Entwurf reagiert. Er wird als Kompromiss verkauft, bei dem die „Giftzähne“ gezogen worden wären.

Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Selbst der ÖGB warnt: „Die gesamte Daseinsvorsorge darf keinem ruinösen Wettbewerb zum Nachteil der europäischen Bevölkerung geopfert werden. Sie hat daher im Geltungsbereich der Richtlinie nichts verloren“.

Die AK betont, man könne nicht ernsthaft argumentieren, durch die Dienstleistungsrichtlinie drohe kein Sozialdumping, wenn es in Europa keine rechtliche Möglichkeit gibt, gegen Unternehmen, die nationale Sozialstandards nicht beachten, auch Sanktionen zu verhängen und in ihrem Heimatstaat vollstrecken zu lassen.

Das sind die Tatsachen.

Die geplante Richtlinie ist ein wichtiger Hebel des Kapitals gegen die arbeitenden Menschen. Ihre Löhne sollen gesenkt werden, damit die Gewinne international operierender Unternehmungen weiter steigen.

Der steirische KPÖ-Vorsit-

zende Franz Stephan Parteder: „Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Liberalisierung nahezu aller Dienstleistungen ab. Damit geht der Generalangriff auf Sozialstandards, Tariflöhne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge weiter.“

Deshalb haben beispielsweise neben den Kommunisten auch die VertreterInnen der französischen SP im EU-Parlament gegen diesen faulen Kompromiss gestimmt.

Es ist Zeit, ein Signal gegen den unternehmerfreundlichen Kurs der EU zu setzen. Am **22. April** gibt es in Graz bei einer Demonstration die Möglichkeit dazu.

### KOMMENTAR



**Franz Stephan Parteder**,  
steirischer KPÖ  
Vorsitzender

## Mehr Geld für EU-Parteien

Die zehn EU-weiten Parteien dürfen auf mehr Mittel aus dem EU-Budget und auf eine lässigere Kontrolle der Verwendung dieser Gelder hoffen. Das hat das EU-Parlament beschlossen. Das ist ein Selbstbedienungsladen für die EU-Parteien. Mit dieser Entscheidung ist die Gier nach Geld aber noch nicht gestillt. In einem Bericht an das EU-Parlament wird nämlich auch gefordert, künftig daneben auch die Kongresse, Bildungseinrichtungen und Jugendorganisationen der EU-weiten Parteien mit Steuermitteln zu fördern. Außerdem regt man eine deutliche Ausweitung der Subventionen und steuerliche Erleichterungen an.

Einer der Hintergründe dieser Selbstbedienung ist der Versuch, bei den EU-Parlamentswahlen im Jahr 2009 vor allem EU-weite Parteien zuzulassen. Aus der Abwendung zahlreicher Menschen vom Europa der Konzerne und Generäle zieht man den Schluss, „proeuropäische“ Parteien verstärkt zu fördern.

Dabei geht es nicht nur um Parteienfinanzierung. Die Existenz EU-weiter Parteien ist an das Bekenntnis der Subventionsempfänger gebunden, ein „europäisches Bewusstsein“ schaffen zu wollen.

Die Mächtigen in Brüssel reagieren auf die europaweite Kritik an den unsozialen Auswirkungen ihrer Politik nicht mit einem Kurswechsel, sondern mit einer Erhöhung der Subventionen an solche Parteien, die sich ihren Vorgaben anpassen.



Komm hin, mach mit bei der

# Demo

**Gegen neoliberalen Wettbewerb  
für eine solidarische Gesellschaft**

**Am 22. April 2006, um 11.30 Uhr**

Wir treffen uns um 11.30 Uhr am Grazer Hauptbahnhof und marschieren gemeinsam durch die Annenstraße zur Hauptbrücke. Nach Aktionen und Redebeiträgen ziehen wir weiter durch die Herrengasse. Die Demo endet beim Eisernen Tor.



#### Unterstützende Organisationen:

SPÖ Stmk, BSA/SLÖ, Jule, GdE, Attac, SJ, JG, Die Grünen, GRAS, KPÖ Stmk, GLB, KSV, KJÖ, KI, Friedensplattform, Renner Institut Stmk, Radio Helsinki, Mayday2000Graz, GJ-Graz, ÖH, Verein für soziale Stadtentwicklung, AUGE/UG, Plattform steirischer Sozialeinrichtungen, VSSÖ

**KLEINANZEIGEN**

**Alleinerziehende Mutter** (1Kind) sucht günstige Mietwohnung in St. Peter, Liebenau, Raaba, mit Balkon oder kleinem Garten. Haustiere (Katzen) erlaubt, ca.65m<sup>2</sup>, 2 Schlafzimmer, Miete u. BK 450-500 Euro, keine Provision und Ablöse. 0316/676 465.

**Einfache Arbeitsräume** oder Substandardwohnung von Buchbinderin gesucht. Tel. 0699 811 21 947.

**Griechisch-Kurs** für Urlauber, 12 Doppelstunden, Zeit und Termin nach Vereinbarung, Preis je nach Teilnehmerzahl, Informationen unter: Tel.: 0316/71 24 79.

**Russisch-Nachhilfe** und Konversation, Preis nach Vereinbarung, Kontakt: 0699/12 71 73 72

**Gesucht:** alter Esstisch, wenn möglich mit Bestecklade sowie Tischherd (klein), Tel.: 0316/835 271.

Gebrauchtes günstiges **Fahrrad** gesucht, Tel.: 0316/25 12 77.

**Entrümpelungen und Entsorgungen** werden zu günstigen Bedingungen erledigt. Mo – Fr ab 14 Uhr, Tel: 0664/877 57 91.

**Suche Arbeit** jeder Art (Lagerarbeiten, Zustell-

dienste etc.) Mekhail Fouad, 0664/4930907.

**Akademikerin** (Geisteswissenschaften) sucht Teilzeitbeschäftigung in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, PR oder Projektmanagement. Tel. 0676/3704577.

Ich bin 22 Jahre alt und ausgebildete **Bürokauffrau!** Suche dringend eine Stelle im Büro. Keine Vertreterjobs. Jacqueline.Gries@gmx.at oder 0676/58 65 158.

Suche **Tätigkeit** im Raum Graz: 30 Jahre (männlich). Mache Tätigkeiten aller Art (z.B. Haus- und Gartenarbeiten, Besorgungen, wie Post- und Behördenwege, Einkäufe etc.) Anrufe bitte unter Tel.: 0650/7535776.



**SABA**  
Spachtelmeister  
Ruckerlberggürtel 10/1,  
8010 Graz  
Tel. 0664/790 07 18

Impressum: Grazer Stadtblatt,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz.,  
Tel. 71 24 79,  
Fax 71 62 91  
email: stadtblatt@  
kpoe-graz.at  
DVR: 0600008



**VERANSTALTUNGEN**

**Roter Freitag**

Eine Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz  
Alle Veranstaltungen:  
Volkshaus – Karl-Drews-Club,  
Schützgasse 16/ Lagerg. 98a, 8020 Graz  
www.kpoe-graz.at

**„Über die Zustände auf der Grazer Med-Uni“**

2004 wurde aus der Medizinschule Fakultät in Graz eine eigene Universität. Seitdem kommt es aus den Schützengassen nicht mehr heraus, und diese sind teilweise so voll wie es dort aber tatsächlich aussieht, bleibt die Grazer Öffentlichkeit zumeist unberührt.

Vortragender: Sebastian Winkl  
(Präsident der Studierendenvertretung Humanmedizin)

Roter Freitag  
Freitag, den 14. April 2006  
Beginn: 18.30 Uhr

**„Lesben, Schwule und Vampire“**

Auf der Suche nach homoerotischen Bezugspunkten präsentiert der bekannte Vorjüngler Hans-Peter Wengand einen Stoffbuch über die Filmgeschichte mit zahlreichen Filmbeispielen.

Vortragender: Hans-Peter Wengand  
Roter Freitag  
Freitag, den 28. April 2006

*Alfred Klahr Gesellschaft und KPÖ-Bildungsverein Steiermark*

**Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? Zum 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes in Österreich**

Leoben, Kongresszentrum im Alten Rathaus

Freitag, **23. Juni 2006, 19.00**

Podiumsdiskussion mit fünf VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Arbeitswelt

Samstag, **24. Juni 2006, 9.30 – 18.30**

Symposium mit acht ReferentInnen aus Politik, Wissenschaft und Arbeitswelt mit allgemeiner Diskussion nach jedem Referat  
Genaueres Programm rechtzeitig unter [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

**Benefizkonzert**

zugunsten des Schulprojekts „OK - Ort für Kinder“

mit **MONIKA MARTIN**

Vorgruppe: ALEXX

Am: **18.05.2006**

Ort: Raiffeisenhof

Kartenverkauf in allen RAIKA-Filialen und Abo



**Der Zentralverband der Pensionisten Graz**

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!

Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

**Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr**

im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

**Osmo Bodenverlegung**

**Fachbetrieb** 8020 Graz, Bozenerstraße 19

**Telefon und Fax: 236 804**

**Mobil: 0664/ 12 069 76**

Beratung–Verkauf–Verlegung–Sanierung  
Parkettböden

Bodenbelege • Teppichböden

Laminatböden • Stufen

Parketten schleifen und versiegeln

Seit 2. Jänner 2006

**AGAPE NÄCHSTENLIEBE**

Gemeinnütziger Verein zugunsten kranker, behinderter und sozial bedürftiger Kinder  
8010 Graz, Sackstraße 24,

Tel.: 0664/84 043 81 Tel. 0664/84 043 82

Wir sammeln laufend gut erhaltene Waren:

- Bekleidung (Erwachsene / Kinder) • Spielwaren
- Bett- und Tischwäsche • Heilbehelfe • Bücher / Cds / DVDs • Bilder / Schmuck

Bei Bedarf holen wir die Waren ab. Die Spendenvergabe wird öffentlich bekannt gegeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung



**Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28**

**Kinderland feiert Jubiläum**

Sa. 29. April 2006  
ab 14.30 Uhr

**Kinder-Kino Nachmittag im Schubertkino**

Nachmittag der offenen Tür im Kinderland-Büro – Mehlplatz 2/2

**Im Saal 1 des Schubertkinos Hokus Pokus Musik**

**Film: Bambi 2, Verlosung (Eintritt 60 Cent)**

## Gedichte aus dem Exil

Eine Ausstellung über Werk und Leben des österreichischen Lyrikers Theodor Kramer (1897 – 1958) stellt vor allem dessen Jahre im Exil in den Mittelpunkt: Eröffnung am 8. Juni, 19.30 Uhr.

Mehr als 10.000 Gedichte finden sich im Nachlass von Theodor Kramer – dem laut Carl Zuckermayer „größten österreichischen Lyriker zwischen Rilke und Celan“ –, jedoch wurden kaum mehr als 2000 davon publiziert. Entstanden ist der Großteil dieser Gedichte in der Zeit zwischen 1939 und 1957, als sich Kramer im Exil in England befand.

Die Ausstellung „Vom Nicht-Beigeben“ stellt diese langen Exiljahre des – nach seinem Tod mit dem Literaturpreis der Stadt Wien ausgezeichneten – Lyrikers in den Mittelpunkt und vergegenwärtigt den Alltag des



Exils, Not und Angst, das Altern, die Flucht und das Standhalten im Gedicht.

Die Eröffnung der Ausstellung in der Pädagogischen Akademie (Georgigasse 85, Graz) nimmt LABg. Klubobmann Ernest Kaltenegger vor; der Schriftsteller Erich Hackl („Abschied von Sidonie“, „Die Hochzeit von Auschwitz“) wird aus den Werken von Theodor Kramer lesen und andere vergessene Dichter des rebellischen Österreich vorstellen.

Informationen gibt es unter [office@perplex.at](mailto:office@perplex.at) und unter der Nummer 0316/89 04 72.

# Hat die Linke

# Zukunft?

Diskussion mit

## Gregor Gysi

Die Linke.PDS im deutschen Bundestag

und  
Univ. Prof. Dr.

## Manfred Prisching

GRAZ

Heimatsaal, Paulustorgasse 13a

Do, 4. Mai 2006, 19 Uhr



KPÖ BILDUNGSVEREIN

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

[www.keine-konkurrenz.at](http://www.keine-konkurrenz.at)

Ferietelefon: 82 90 70



Feriedorf  
am Turnersee  
in Südkärnten



Kinderland-Villa  
in St. Radegund

SOMMER 2006

### FERIENSPASS & ACTION

Reiten  
Schwimmen  
Fußball  
Wandern  
Olympiade  
Disco  
Karaoke  
Theater  
Pyjamaparty

FERIENBÜRO GRAZ

0316/829070

[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)

### SPRECHTAGE

des Zentral-  
verbandes der  
Pensionisten

Montag bis Freitag  
von 9.30 bis 13.30  
Uhr  
Donnerstag  
9.30 bis 17.00 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020  
Graz

T. 0316/71 24 80

Wir helfen und  
beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

60 Jahre



Ferien mit  
Kinderland

[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)



**KPO**

# Wohnen ist ein Menschenrecht

## MAI 2006

### Demonstration

10:30 Uhr Treffpunkt Südtiroler Platz

Musik: Pura Energia (Samba)

Abschlusskundgebung am Eisernen Tor  
mit Stadträtin Elke Kahr und  
GLB Arbeiterkammerrat Peter Scherz

## MAIFEST

im Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, ab 14 Uhr

# mit der Wiener Tschuschenkapelle

Diesmal auch mit Partisanenliedern

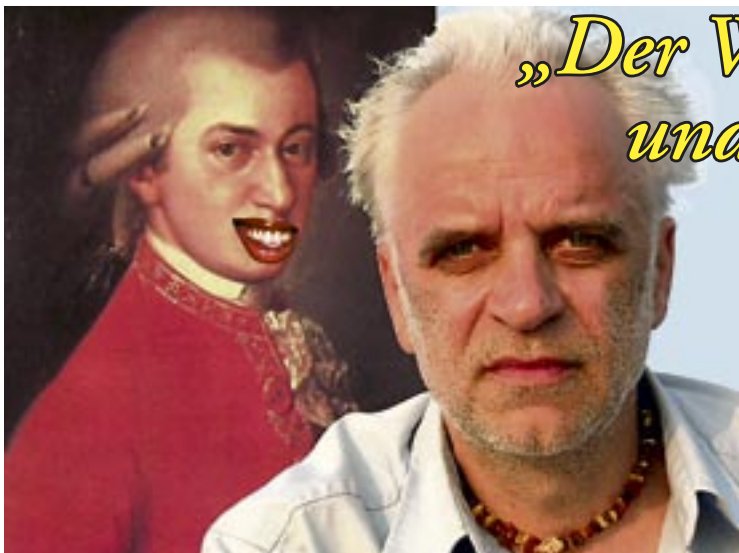
*„Der Wolfgang ist fett  
und wohlauf“*

*Essen und trinken mit Wolfgang Amadé*

Mozart. Buchpräsentation und  
Filmvorführung mit Kurt Palm

Mittwoch, 10. Mai 2006, 19.00 Uhr  
Galerie Remixx

Palais Trauttmansdorf, Bürgergasse 5, Graz



**KPO**  
GRAZ

**KPO** BILDUNGSVEREIN